

Bewerbung für den Bundestag

Liebe Grüne in Köln,

bei der Kommunalwahl haben wir gemeinsam für das beste Grüne Ergebnis in Köln gekämpft, sind stärkste Kraft geworden und werden nun in den kommenden Jahren viele unserer Grünen Projekte umsetzen. Dazu braucht es allerdings auch eine Bundespolitik, die die Kommunen bei der Klimaneutralität, Verkehrswende und sozialen Zusammenhalt unterstützt und nicht behindert. Deswegen brauchen wir bei der Bundestagswahl einen Regierungswechsel hin zu ambitionierter, zukunftsorientierter Politik!



Nächstes Jahr geht es auch darum, das in uns gesetzte Vertrauen weiter zu festigen und Verantwortung für eine Politik der Zukunft zu übernehmen. Wir Grünen sind die Partei, die ökologische Ziele mit sozialer Gerechtigkeit zusammenführt. Wir streiten für nachhaltige Wirtschaftspolitik und zukunftsfähige Jobs. Wir sind die Verteidiger*innen der offenen Gesellschaft und stehen konsequent gegen Rechts. Für diese gerechte, nachhaltige Zukunft streite ich seit zehn Jahren in der Partei. Für die Realisierung dieser Ziele werde ich Verantwortung übernehmen und bewerbe mich daher bei euch für den Bundestag und als Direktkandidatin für den Wahlkreis Köln I (Innenstadt-Nord, Porz, Kalk).

Zukunft der guten Arbeit gestalten

Die Arbeitswelt erlebt seit Jahren einen starken Wandel – Digitalisierung, Flexibilisierung, Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Corona-Krise hat dies noch verstärkt. Bisher spiegeln sich viele Entwicklungen des Arbeitsmarktes nicht ausreichend in der Gesetzgebung wider. Erwerbsarbeit muss zum Leben reichen, das heißt unter anderem, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Jobs im Niedriglohnbereich einzudämmen. Gleichzeitig werde ich mich dafür einsetzen, dass wir Arbeit in einer digitalisierten Welt im Sinne der Menschen gestalten und dafür neue Regeln für den Arbeitsmarkt entwickeln sowie Weiterbildungen fördern. In meiner beruflichen Tätigkeit erlebe ich, wie wichtig es ist Menschen für die Digitalisierung zu befähigen – auch um neue soziale Ungleichheiten zu verringern. Die Grüne Arbeitsmarktpolitik weiter zu stärken und sichtbarer zu machen, ist mir sehr wichtig. Dazu gehört auch die bessere Anerkennung von Ausbildungsberufen. Zwar wurde in der Corona-Krise für viele dieser Berufe geklatscht, aber an den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung hat sich bisher wenig geändert.

Geschlechtergerechtigkeit endlich voranbringen

In den letzten Monaten wurde viel über die Gefahr einer Retraditionalisierung gesprochen, also den Rückfall in alte Abhängigkeits- und Rollenmodelle. Besonders Frauen haben in der Krise die Kinderbetreuung während der Arbeit im Homeoffice übernommen. Das kann so nicht sein. Erwerbs- und Sorgearbeit muss endlich besser vereinbar sein und partnerschaftlich verteilt werden können. Das heißt: Gender Pay Gap beenden. Mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder schaffen. Arbeit in von Frauen dominierten Berufen besser entlohnen. Ungünstige Anreize wie das Ehegattensplitting abschaffen. Dafür engagiere ich mich seit Jahren frauenpolitisch in der Partei und bringe die geschlechtergerechte Perspektive immer wieder in unsere Arbeit ein. Insbesondere die geschlechtergerechte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik möchte ich im Bundestag verstärken. Auch wenn in Krisenzeiten manche Parteien die Gleichstellungspolitik in den Hintergrund drängen, dürfen wir gerade jetzt nicht lockerlassen: Gender Pension Gap (Altersvorsorgelücke) beenden oder Schutz vor Hate Speech und Gewalt sind keine optionalen Forderungen.

Soziale Sicherheit für alle Generationen

Klimakrise, Corona-Krise, Wirtschaftskrise(n). Wir leben in einer krisengeprägten Zeit und viele Menschen haben Zukunftssorgen und Abstiegsängste. Die Große Koalition gibt weder Sicherheit noch zeigt sie eine Idee davon, wie wir zukünftig zusammenleben wollen. Doch wir brauchen ein Zukunftsversprechen! Wir müssen die ökologische Modernisierung vorantreiben, Menschen für den digitalen Wandel befähigen und gegen Armut absichern. Wir brauchen dringend eine Kindergrundsicherung und eine umfangreiche Reform des Rentensystems. Ich werde mich dafür starkmachen, alle Generationen abzusichern und nicht gegeneinander auszuspielen.

Ein starker Wahlkampf für einen starken Wahlkreis

Politik ist dann stark, wenn sie die Menschen vor Ort überzeugt und nahbar ist. Präsenz in den Veedeln zeigen ist mir sehr wichtig. Ich kann sehr gut zuhören, vermitteln, einbinden, in den Dialog treten und überzeugen. Dazu gehört für mich, weiter eng mit den Vereinen, Gewerkschaften, Initiativen zusammenzuarbeiten und mich auch den nicht organisierten Personen zuzuwenden. In den letzten Jahren durfte ich viele Wahlkämpfe und als Mitglied des Kreisvorstandes unseren Grünen Kreisverband mitgestalten. Mit diesen Erfahrungen und mit euch im Team möchte ich in Porz, Kalk und der nördlichen Innenstadt einen starken Wahlkampf organisieren, um möglichst viele Menschen zu erreichen und dabei auch Verbindungen von Bundes- und lokaler Politik deutlich machen. Wir werden für den Planungsstopp der Autobahnbrücke „Rheinspange“ streiten, für die Förderung kommunaler Daseinsvorsorge, für die Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen. Für diese Anliegen möchte ich Köln im Bundestag vertreten.

Ich bitte daher um euer Vertrauen und eure Unterstützung für meine Kandidatur für den Bundestag und den Wahlkreis Köln I.

Eure Lisa-Marie

Zu meiner Person:

Geboren und aufgewachsen bin ich im ostwestfälischen Paderborn. 2012 bin ich zum Studium nach Köln gezogen. Ich habe Sozialwissenschaften/VWL im Bachelor und Soziologie und Sozialforschung im Master studiert. Seit vier Jahren arbeite ich beruflich im Bereich Hochschuldidaktik und Bildungsforschung. Neben meinem Ehrenamt bei den Grünen, verbringe ich meine Freizeit mit Freund*innen, beim Pony/reiten, am Wasser oder beim Fotografieren.

Partei:

2009 Eintritt GRÜNE JUGEND // 2010 Eintritt GRÜNE

2010-2012 Sprecherin GRÜNE JUGEND Paderborn, Kreisvorstand GRÜNE Paderborn

2011-2015 Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW, Landessprecherin

Seit 2016 Kreisvorstand GRÜNE Köln

Schwerpunktt Themen:

Wandel der Arbeit, gute Arbeit, Ausbildung und Anerkennung von Ausbildungsberufen, Feminismus, Geschlechtergerechtigkeit, Bildung/Wissenschaft, soziale Sicherheit und Rente